

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mf., fürs
Ausland 1,50 Mf. vierteljährlich.

Sattler

0

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 14 .: 31. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 6. April 1917

Inhalt. Beitragsleistung. — Zum Auferstehungs-
feste. — Zur Tarifbewegung in der Lederverwarenindustrie. —
Veränderung der Lebensmittelrationierung. — Verwesenes
und neues Wesen in den Gewerkschaften. — Konferenz der
Vertreter der Gewerkschaftsvorstände. — Sechzig Millionen
Unterstützungsgelder der Gewerkschaften in der Kriegszeit.
— Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Soziales.
— Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Wertschwän-
dungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 8. bis 14. April
1917 ist der 15. Wochenbeitrag fällig. Nur
wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche
Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert
sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unter-
stützung aus Verbandsmitteln.

Zum Auferstehungsfeste.

Darf man in diesen Tagen von Auferstehung
sprechen? In dieser Zeit, da die angeblich kultivier-
testen Menschen ihr ganzes Können, ihre ganze Kraft
darauf richten, einander vom Erdboden zu tilgen,
und der größte Teil der Europäer — unter viel-
facher Zustimmung — „Menschenmaterial“ aus
allen anderen Erdteilen — entweder zu Toten oder
zu Totengräbern wurde? Zu dieser Stunde, da die
Hölle, die das bekamtlich „vernünftigste Wesen der
Erde“ auf diesem Planeten schuf, emporklammert zu
rasenden, alles verzehrenden Flammen?

Darf man in dies wütende Toben jenseitiger
Urnstimmten einen friedlichen Ton senden, der keine
Kaufare zum Dreinhalten ist, sondern ein Gruß an
die Zukunft, die ja trotz allem und allem jenseits
dieses Krieges winkt und die dann freigeordneten
Kräfte der Nationen zu wesentlich anderen Aufgaben
als denen der Vernichtung mobil machen wird —?

Niemand kann sagen, was noch übrig sein wird,
wenn diese furchtbare Verirrung, dieser selbstmörde-
rische Wahn der Menschheit einmal erlischt. Nie-
mand weiß heute, wo der letzte Grabhügel sich wöl-
ben, wo die letzte Ruine ihre brandgeschwärzten
Mauerreste anfliegend zum Himmel strecken wird,
wo die dröhnende Stimme des letzten Mörzers, der
letzte Schall ratternder Gewehre verklingen werden.
Und keiner kann es wissen, wieviel heile Planken
dann noch auf dem Wasser schwimmen, die in sicherer
Fahrt die wieder geöffneten Ozeane durchqueren,
um die Erzeugnisse friedlicher Werkstätigkeit davon-
zuführen und Früchte und andere Gaben aus fremden
Zonen heimbringen zu können.

Nur das eine erscheint leider gewiß: die Zeit
nach diesem Kriege wird, wenn auch nicht mehr
blutigrot, darum doch nicht rosenrot sein.

Zwar sind heute schon mannigfache Kräfte am
Werke, um dem Gange sowohl der wirtschaftlichen
wie politischen Entwicklung die Wege vorzuzeichnen.
Zwar existieren bereits Körperschaften, die darauf
sinnen sollen, wie die unausbleiblichen Erschütter-
ungen, die bei der Ueberleitung der Kriegs- in die
Friedenswirtschaft zu erwarten sind, am besten auf-
gefangen und womöglich unschädlich gemacht werden
können. Zwar gibt es nicht wenige, die in inner-
und außerpolitischer Hinsicht schon den vollständigen
Plan — vollständig bis zum letzten i-Punkt — in

der Rocktasche tragen und ganz genau wissen, wie es
kommen — soll. Wenn es nämlich nach ihren
Wünschen geht; aber da diese Wünsche recht ver-
schiedener Art sind und sich oft sehr feindselig gegen-
überstehen, werden die einen oder anderen — oder
beide — vorbeipropheten haben.

Die Ergebnisse und Erfahrungen aller Völker,
die unmittelbar oder mittelbar von dieser beispiel-
losen Kriegstragödie ergriffen wurden, sind so un-
geheuer und ungeheuerlicher Natur, daß ihre Wir-
kungen heute vielleicht gehäht, aber in ihrem vollen
Umfange von niemand vorausgesagt werden können.
Jedenfalls aber — das lehrt die Geschichte — ziehen
große kriegerische Ereignisse stets große Umwäl-
zungen nach sich. Menschen und Dinge sind andere
nach als vor dem Kriege, und wann hätte je ein
Streit der Nationen so tief in das persönliche und
das Massenleben eingegriffen? Hier also gilt
ein inneres Gesetz der Entwicklung, das sich sozu-
sagen automatisch Geltung verschafft und wie Ur-
sache und unvermeidliche Wirkung zu betrachten ist.

Darum verteidigen alle die eine aussichtslose
Position, die sich bei der Ausmalung ihrer Zukunftsbil-
der den Krieg und seine naturnotwendigen Fol-
gen hinwegdenken und einfach bei Friedensschluß
dort anknüpfen wollen, wo die Dinge bei Kriegs-
beginn standen. Vergebliches Bemühen! Ihre hem-
menden Inkenrufe, die mit einem sehr deutlichen
Unterton von Angst schon jetzt oft genug hörbar
werden, ihre krampfhaften Versuche, dem Rabe der
Zeit in die Speichen zu fallen, werden nicht ver-
hindern können, daß Staat und Wirtschaft neue
Wege aufsuchen, weil sie sie eben aufsuchen müssen,
wenn sie die schwierige Situation, der wir entgegen-
gehen, bewältigen wollen. Und insofern wird die
Entwicklung mit ehernem Schritt über alle wider-
strebenden Elemente hinwegschreiten.

Wir sagen dies nun keineswegs, weil wir etwa
der Meinung wären, ein großer Fortschritt im Sinne
der Arbeiterbestrebungen sei eine selbstverständliche
Sache und werde uns mühelos in den Schoß fallen.
Das wäre ein sehr gefährlicher Glaube! Wir sind
nur überzeugt davon, daß die Umwälzungen poli-
tischer und wirtschaftlicher Art, die diesem Kriege
folgen, zahlreiche Möglichkeiten mit sich führen wer-
den, um der Arbeiterschaft das ihrer Bedeutung ent-
sprechende Gewicht im Volksganzen zu verschaffen
und sie von ihrer bisherigen Aschenbrödelrolle zu
befreien. Wir sind ferner überzeugt davon, daß es
einige Leute gibt, die das nicht gern sehen würden.
Und wir haben schließlich auch keinen Zweifel, daß
jener Regierungsvertreter, der im Parlament für
die kommende Friedenszeit heftige innere Kämpfe
voraussetzte, von den Tatsachen nicht Lügen gestraft
werden wird.

Alles dies aber führt dazu, um der Erkenntnis
sicher zu sein, daß zwar die Tendenz zur Aufwärts-
bewegung in unserem Sinne tätig werden würde,
daß sie aber je nach dem Verhältnis der einander
widerstrebenden Kräfte nach rechts oder links um-
gebogen werden kann. Mit anderen Worten: es
wird darauf ankommen, ob die Anhänger der Re-
aktion oder die einer freiheitlichen Entwicklung
stärker sind.

Darum haben wir alle Veranlassung, begeistert
an die Auferstehung unserer organisierten Kraft
zu denken. Sie ist ja nicht tot, nein. Aber der
Krieg hat sie zur Ruhe gezwungen, hat ihre Funk-
tionen zum großen Teil lahmgelegt, hat Tausende
und aber Tausende unserer gewerkschaftlichen Strei-
ter aus dem wirtschaftlichen in den blutigen Kampf
gerissen und hat andere in veränderte Daseinsver-
hältnisse geworfen. So wurde vielen das äußere
Band zerschneiden, das sie an ihre berufliche Or-
ganisation fesselte.

Das äußere Band. Das innere — das Bewußt-
sein der Zugehörigkeit zu seinen Berufsgenossen —
ist glücklicherweise in vieltausend Fällen unverfehrt
geblieben, und die Treue zur Gewerkschaft leuchtet
herzergreifend aus zahlreichen Briefen, die im
Felde unter schweren Strapazen und oft genug in
drohender Todesnähe geschrieben wurden.

Ja, mancher, dessen Sinnen und Sorgen auch
da draußen bei seiner gewerkschaftlichen Friedens-
arbeit weilte, mancher, der mit Sehnsucht und
Freude an die großen Aufgaben der Zukunft dachte,
mancher von ihnen ist nicht mehr. Zu langen,
allzu langen Namenreihen haben sich die Opfer ge-
häuft und häufen sich noch. Die schwarzumranderten
Anzeigen füllen Seiten um Seiten, und immer
wieder stoßen wir auf das Wort der Lebenden
Freunde und Kollegen: „Wir werden seiner ehrend
gedenken.“

Dies aber sollte mehr als ein Wort sein. Mehr
als ein Satz, den kollegiale Gewohnheit ausspricht.
Ein Gelöbnis sei's!

Es steht in keines Menschen Macht, Tote zum
Leben aufzuwecken — und Wunder erwarten
wir nicht.

Aber was wir erwecken und fortführen können,
das ist der Geist, das sind die Werke der Gestor-
benen.

Zahlreiche Helden sind unter der unabsehbaren
Menge von Leben, die dieser Krieg verschlingt, die
Helden auch im trüben Friedensalltag waren, namen-
lose Helden oft, die in der Stille für ihre Lieber-
zeugung, für den Aufstieg der Arbeiterschaft, für
ihre materielle und geistige Kultur unermüdetlich
wirkten und schweigend Opfer um Opfer darum
trugen.

Können wir ihrer ehrender gedenken, als in der
Erhaltung und im Ausbau der Werte, die sie einst
begeistert mitgeschaffen haben? Als dadurch, daß
wir ihren Helden- und Opfergeist auch in der jün-
geren Generation lebendig machen?

Dem dies duldet, wie gesagt, keinen Zweifel:
Wir werden, was auch sonst die Zeiten bringen
mögen, einen festgefühten Zusammenschluß aller
unserer Berufsangehörigen, werden eine machtvolle
Organisation mit zielklaren Mitgliedern nötiger
haben als je! Neue Aufgaben in heute noch nicht
absehbarer Fülle werden ihre Lösung von uns
fordern, Aufgaben, die nur eine einige, von starkem
Willen beehrte Arbeiterschaft wird durchführen kö-
nnen. Darum darf auch die Zwietschheit keinen Raum
in unseren Reihen gewinnen. Jeder, der sich be-
wußt ist, daß das Heil des einzelnen im Heil des
Ganzen ruht, und daß der Erfolg des Ganzen

abhängig ist von dem verständnisvollen Zusammenwirken aller; jeder, dem es ernstlich darum zu tun ist, die Kraft der Organisation zu erhalten und zu vermehren und praktische Erfolge zu erzielen, wird allem unfruchtbaren Hader die Tür weisen und mit aller Energie für die Ausbreitung und Belebung seiner Gewerkschaft eintreten — eingedenk der Erkenntnis: Wir müssen gerüstet sein!

Und wo das der Fall ist, braucht uns um die Gestaltung der Zukunft nicht bange zu sein. In unsern alten und jungen Streikern wird der Geist und der Wille derer, die gestorben sind, weiterleben und weiterwirken und weiterbauen an den wirklichkeitsstarken Idealen, die sich in unserer Organisation verkörpern.

In dieser Zuversicht begehen wir das Osterfest, hoffend, daß es das Letzte sein werde, wissend, daß die Auferstehung zu guten, fruchtbaren, schöpferischen Taten kommen muß und wird.

Zur Tarifbewegung in der Lederwarenindustrie.

Wie bekannt, sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Hauptorten der deutschen Lederwarenindustrie auf Grund zentraler Vereinbarungen seit dem Jahre 1905 einheitlich geregelt. Bei den jedesmaligen Abjücken wurde von den Vertragsparteien erklärt, auch in Zukunft das Tarifverhältnis nach einheitlichen Richtlinien zu gestalten. Dieser Wille kam durch Schaffung eines Zentraltarifamts, mit dem Sitz in Offenbach a. M., greifbar zum Ausdruck. Es hatte darüber zu wachen, daß die Tarife eingehalten werden und als Beschwerdestanzung endgültig zu entscheiden.

Unsere Verbandsleitung hat sich bisher streng an die Abmachungen gehalten, die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Lederwarenindustrie nur zentral zu regeln, um so die Konkurrenzwirtschaft aufzuheben. Aus uns nicht offiziell bekannnten Gründen haben die Offenbacher und die ihrem Einfluß unterstellten Stuttgarter Fabrikantenvereinigungen sich immer nur dann für zentrale Verhandlungen erklärt, wenn es ihnen paßte.

Die von uns im Frühjahr 1916 beantragte zentrale Verhandlung zwecks Bewilligung einer Teuerungszulage kam nach Ueberwindung vieler Schwierigkeiten wohl zustande, verlief aber ergebnislos, weil die Offenbacher Vertreter sich auf den Standpunkt lokaler Vereinbarungen stellten. Auf diese Weise kam es zu örtlichen Verhandlungen, in deren Folge es in Offenbach wegen eines Pfennigs beinahe zum Bruch des Burgfriedens gekommen wäre. Erst nachdem die Offenbacher Kollegen durch eine prächtig verlaufene Versammlung den Unternehmern bewiesen hatte, daß sie, auf ihr Recht pochend, Almosen ablehnt und das verlangt, was allervors bereits tariflich geregelt ist, kam es auch hier zu örtlichen Vereinbarungen.

Infolge der weiteren enormen Preissteigerung aller notwendigen Lebensmittel fühlte sich die Verbandsleitung im Dezember vergangenen Jahres wiederum veranlaßt, den Zentralvorstand des Verbandes deutscher Lederwarenfabrikanten zu ersuchen, über eine nochmalige Teuerungszulage zu verhandeln. Gleichzeitig sollten dem Kriegszamt bezüglich Ausführung des Hilfsdienstgesetzes und etwa beachtlicher Stillelegung von Betrieben gemeinschaftliche Vorschläge gemacht werden. Diese gewiß im Interesse der gesamten Lederwarenindustrie gelegenen Wünsche hielt der Zentralvorstand des Fabrikantenverbandes für nicht realisierbar. Ueber die Teuerungszulagen sollte örtlich verhandelt werden. Die weiteren Vorgänge sind noch in frischer Erinnerung unserer Mitglieder, daß wir darüber hinweggehen können. Festgehalten sei nur, daß die Fabrikanten in einer Ausschüßung (Januar 1914, Berlin) den Beschluß faßten, die zu gewählende Teuerungszulage außertariflich zu stellen. Sie kam in Freiberg, Nürnberg, Leipzig, Stuttgart und Berlin spätestens am 15. Januar zur Einführung. Anders wieder in Offenbach, am Sitz des Vorstandes der Fabrikantenvereinigung. Hier verstand man es, die Situation zu nützen und die Arbeiter möglichst lange hintenan zu halten. Abgesehen davon, daß die Sätze weit geringer sind wie in den anderen Orten, gelangt die neue Teuerungszulage erst ab 15. März d. J., also gut zwei Monate später, zur Auszahlung. Sie beträgt:

Für Zeitlohnarbeiter über 19 Jahre alt 6 Pf., einschließlich der vorjährigen Zulage 16 Pf. die Stunde, unter 19 Jahren 4 Pf., einschließlich der vorjährigen Zulage 12 Pf. die Stunde, für Arbeiterinnen über 17 Jahre 3 Pf., einschließlich der vorjährigen Zulage 8 Pf. die Stunde, unter 17 Jahren 2 Pf., einschließlich der vorigen Zulage 4 Pf. die Stunde, Lehrlinge 2 Pf., einschließlich der vorjährigen Zulage 4 Pf. die Stunde;

Afford- und Heimarbeiter erhalten anstatt 12½ 20 Proz. Zuschlag zu dem verdienten Lohn. Diese Teuerungszulage ist tarifverbindlich und haben die Zwischenmeister einen Revers zu unterschreiben, wonach sie ihren Hilfskräften die gleiche Zulage gewähren. Auf Grund dieser Vereinbarung wurde der Vertrag auf ein Jahr verlängert.

Nun ist ein eigenartiger Zustand eingetreten. In Berlin und Stuttgart ist der Vertrag gefündigt, in Offenbach läuft er ein Jahr weiter.

Das ist an sich ohne große Bedeutung. Was weit schlimmer ist, ist die Tatsache, daß die Arbeiter jedes Vertrauen zu einem Vertragskontrahenten verlieren, dessen Taten mit gegebenen Versicherungen nicht in Einklang zu bringen sind. Die Berliner Fabrikanten erklären, an einen Beschluß gebunden zu sein, der ihnen die tarifverbindliche Form der Teuerungszulage verbietet; die Offenbacher setzen sich über einen solchen Beschluß hinweg, faßten aber niedrigere Sätze und später als an anderen Orten. Daß unter solchen Umständen von einem Zentraltarif nicht gesprochen werden kann, ist einleuchtend. Glauben die Fabrikanten, rein örtlich ihren Vorteil zu nützen, so darf man das gleiche den Arbeitern nicht verübeln. Das dadurch geschaffene Durcheinander ist durch das Verhalten des Fabrikantenverbandes verschuldet. Ob das im Interesse der gesamten Industrie gelegen ist, ist eine Frage, für die wir keine Verantwortung tragen. Das mögen die Herren unter sich ausmachen. Für die Arbeiterschaft steht nur das eine fest, mehr denn je auf der Hut zu sein und sich auf seine eigene Kraft zu verlassen. Die Stärke unserer Organisation, der unerschütterlichen Wille ihrer Mitglieder wird auch den Fabrikantenverband wieder auf die richtige Bahn bringen, d. h. wenn er nicht vorher . . . Doch wir wollen nicht prophezeien.

Henderung der Lebensmittelrationierung.

Wie bereits in der Presse bekanntgegeben, muß mit Rücksicht auf das Ergebnis der am 15. Februar ausgeführten Getreidebestandsaufnahme, das erheblich niedriger, als erwartet wurde, ausgefallen ist, bis die Zahlen der angeordneten Nachprüfung endgültig feststehen, zu einer Einschränkung des Brotgetreideverbrauches geschritten werden. Demgemäß hat das Kuratorium der Reichsgetreidestelle in seiner Sitzung am 23. März mit Zustimmung des Direktoriums mit Wirkung vom 15. April d. J. ab folgendes beschlossen:

1. Herabsetzung der täglichen Mehlration von 200 Gramm auf 170 Gramm.
2. Herabsetzung der vom Selbstverorger zu verbrauchenden Getreidemenge von 9 Kilogramm auf 6½ Kilogramm monatlich.
3. Kürzung der den Kommunalverbänden für Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen zugewiesenen Mehlmengen um 25 Prozent.
4. Streichung der Jugendlichenzulage.

Es ist Vorzorge getroffen, daß, wenn diese Einschränkungen Platz greifen, die Kartoffelzufuhr wieder völlig den Vorschriften entsprechend geregelt ist, nach denen auf den Kopf und Tag ¼ Pfund und für die an der Reichsstarbottelstelle festgesetzte Zahl von Schwerarbeitern weitere ¼ Pfund den Gemeinden zur Verteilung überwiesen werden. Soweit wider Erwarten in einzelnen Fällen sich gleichwohl noch Störungen zeigen sollten, werden zum Ausgleich für die fehlenden Kartoffel wie bisher besondere Mehlzuweisungen stattfinden.

Im übrigen wird wiederholt darauf hingewiesen, daß, wenn die Verringerung der Brotzuteilung in Kraft tritt, ½ Pfund Fleisch pro Kopf und Woche mehr gewährt werden wird, und zwar infolge des zu erwartenden Reichszuschusses zu einem Preise, daß auch die minderbemittelte Bevölkerung der erhöhten Fleischzuweisung teilhaftig werden kann.

Verwesenes und neues Wesen in den Gewerkschaften.

Die heutigen Gewerkschaften sollen nach dem Wunsch gewisser unheimlicher Biedermänner ebenso vernichtet werden wie die sozialdemokratische Partei, denn sie seien gleich dieser weiter nichts als „ein Haufen organisierter Verwesung“. Das kann man in anarchistisch-romantischen „Kampfe“ lesen. Es müsse, heißt es darin weiter, eine andere Gewerkschaftsbewegung auf ganz neuer Grundlage geschaffen werden. Die Grundlage dieser neuen Bewegung müsse der Kampf sein, der Kampf „unter allen Umständen“ und „in jeder Lage“. Weiter denkt man sich die Sache so, daß alles in einen Topf geworfen wird. Die Interessen aller Arbeiter seien ja doch die gleichen, warum also die Schranken zwischen Metallarbeitern und Heimarbeitern, zwischen Bäckern und Bauhandwerkern? Dann haben wir den syndikalistischen Allverweis-Arbeiterbund nach romantischem Muster, in dem viel debattiert, radikale Beschlüsse ge-

faßt werden, wo aber nichts erreicht werden kann, weil die Unternehmer vor den großen Worten leider verdammt wenig Respekt haben.

Die „Gewerkschaftsbureaucratie“ muß natürlich beseitigt werden. Gewerkschaftsangehörige? Wozu braucht man solche in den „reinen Kampforganisationen“, die nicht mehr Unterstützungsvereinigungen sind?

Danach scheint sich in gewissen Sinnen der zukünftige gewerkschaftliche Kampf nur in wüsten, aber unwirksamen Reden zu malen, denn in einem Kampfe, der für die Arbeiter gewerkschaftliche Erfolge zeitigen soll, wird es doch auch bei einer neuen Gewerkschaftsform, die noch keine Spur von Verwesung zeigt, so viel Arbeit geben, daß sie nicht so nebenbei „nach Feierabend“ geleistet werden kann, auch wenn man zur weitestgehenden Arbeitsteilung seine Zucht nimmt; es gibt in solchen Kämpfen bekanntlich Arbeiten, die nicht von vielen, sondern nur von wenigen Eingeweihten geleistet werden können. Viele Köpfe verderben auch hier sehr leicht den Drei. Das wissen jene Leute auch recht gut; sie wollen aber auch gar keine praktische Gewerkschaftsarbeit leisten, sondern die Köpfe der Massen nur mit neuem Geiste erfüllen. Die materiellen Erfolge sollen dann allein kommen. Als solche stellt man sich vermutlich spontan ausbrechende Streiks vor, die, wenn sie zufällig die für die Arbeiter günstigste Zeit treffen, Erfolg haben können, doch, wenn sie neben diese Zeit fallen, wegen Mangels an Mitteln bald zusammenbrechen und erfolglos bleiben müssen, denn die dann wieder unerfundenen „Sechserkassen“ aus den neunziger Jahren werden wohl noch weniger bis zur nächsten Konjunktur durchhalten können als die heutigen kapitalkräftigen Gewerkschaften. Die „Sechservereine“ würden auch nicht erfolgreich durchhalten können, wenn sie die Vermögen der heutigen Gewerkschaften an sich reißen oder aneigneten, was sie neben der Revolutionierung der Köpfe doch beabsichtigen. Der Sechserbeitrag und die Weitzerzeitigkeit der neuen Leiter — oder soll es auch solche nicht geben, selbst wenn sie ganz umsonst arbeiten wollten? — würde bald die Anfänger der neuen Idee auf fahle Kassettenböden blicken lassen. Weitere größere Erfolge wären dann bald in Frage gestellt. Der Idealismus der Massen würde verauchen und sie würden weiter nichts mehr bilden als eine „Haufen organisierter Verwesung“, der erst wieder belebt werden könnte durch Wiederaufnahme der Formen des alten Bewährten, das man jetzt unter allen Umständen niederreißen will. Und dazu sollen die jetzigen Gewerkschaftsmitglieder ihre Hand bieten!

Ist jemand wirklich so naiv, zu glauben, daß sie es tun werden? Solche Hoffnungen sind schon so oft fehlgeschlagen, daß auch die jetzt gehegte Hoffnung zu schanden werden muß. Wisser sind die Sonderorganisationen, gleichviel unter welcher trügerischen Etikette sie sich den Arbeitern anbieten, in der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu hoffnungsloser Ohnmacht verurteilt gewesen. Möglich, daß sich in dieser trostlosen Zeit einige Mühsüßlinge und Mißvergnügte finden, die dem Laster folgen. Daß aber diese „Organisation“ in der deutschen Arbeiterbewegung irgendwelchen Einfluß erlangen könnte, ist ausgeschlossen. Am gesunden Sinn der Gewerkschaftsmitglieder, die mit Recht stolz sind auf die nie erschütterte Einigkeit und Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung, werden alle diese Zerstörungswerke ergebnislos zerfallen.

Das beweisen schon die Mitgliederzunahmen in den Gewerkschaften, die in neuerer Zeit hier und da wieder verzeichnet werden konnten. Die neugeborenen Gewerkschaftsretter werden darin freilich nur einen Fortschritt in der „organisierten Verwesung“ sehen. Wir belächeln aber diese Tatsache als einen Beweis dafür, daß die durch den Eintritt des Krieges in ihrer Fortentwicklung gehemmt gewesenen Gewerkschaften sich von neuem zu entfalten beginnen — trotz aller verdeckten und offenen Versuche, sie selbst in ihren Grundlagen zu erschüttern. Eine jährliche Verurteilung kann jenes die Arbeiterinteressen tief verletzende Treiben der „Gewerkschaftsretter“ eigentlich nicht mehr finden, was diese aber wohl noch nicht abhasten wird, es noch ein Weilschen fortzusetzen, bis sie es resigniert aufgeben müssen, weil die „Verwesung“ doch schon zu weit vorgeschritten sei.

Konferenz der Vertreter der Gewerkschaftsvorstände.

In den Tagen vom 20. bis 22. März fand in Berlin eine Konferenz der Verbandsvorstände statt.

Der gedruckte vorliegende Geschäftsz- und Kassenbericht der Generalkommission wurde durch eine Reihe mündlicher Ausführungen von Legien, Bauer, Krube und Schmidt ergänzt. Legien berichtete über die Gewerkschaftsbeiträge zur Ernährungsfrage und die anschließenden Verhandlungen mit dem Kriegsernährungsamt, Kriegsamt und dem preussischen Staatskommissar für Ernährungs-

wesen, über die Eingabe betr. Arbeiterforderungen bei Monopolisierung von Wirtschaftszweigen, über das Zusammenwirken mit der Gesellschaft für soziale Reform bei Vorbereitungsarbeiten für eine gesetzliche Neuregelung des Koalitionsrechts, über die Streitstatistik für 1915 und über die seitens der Generalkommission gewährten Teuerungszulagen für ihre Angestellten. Bauers Bericht erstreckte sich auf alle neueren Arbeiten für die Ausführung des Hilfsdienstgesetzes, bei denen in zahlreichen Fällen die Interessen der Arbeiter mit zäher Energie vertreten werden mußten, sowie auf die belgische Arbeiterfrage. Robert Schmidt machte Mitteilungen über den Stand und die Aussichten der Ernährungsverhältnisse, während Kube den Massenbericht eingehend erläuterte und daran anknüpfend die Regelung der Beiträge an die Generalkommission berührte.

Auf allgemeinen Wunsch gab der gewerkschaftliche Vertreter im K r i e g s a m t, S c h l i e, eine Darstellung über sein Wirken in diesem neuen Arbeitskreis und über die Möglichkeit, das Interesse der Arbeiterschaft wahrzunehmen. Es sei manchmal recht schwierig, mit den vielen Ressorts im Kriegsamt über einzelne Fragen ins Reine zu kommen, noch schwieriger aber, das Erzielte vor den Anschauungen anderer Regierungsstellen zu bewahren, da das Kriegsamt nur in den unwichtigsten Fällen seine Entscheidungen endgültig treffen könne.

Die Debatte über diese Berichte nahm einen vollen Tag in Anspruch. Sie erstreckte sich auf die Ernährungsfrage und das Auftreten des preussischen Landwirtschaftsministers, das allseitig entschiedene Zurückweisung fand, auf die Frauenerwerbsarbeit und Anstellung von Fabrikpflegerinnen, die sowohl Verteidiger als auch scharfe Gegner fand, auf die mit der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes seither gemachten Erfahrungen und auf das Zusammenwirken der Generalkommission mit sozialpolitischen und Fürsorgeorganisationen, sowie den Erwerb der Mitgliedschaft in solchen Organisationen seitens der Gewerkschaften.

Dem Kassierer Kube wurde einstimmig Entlastung erteilt. Zur Ernährungsfrage wurde folgender B e s c h l u ß gefaßt:

„Die Vertreter der Gewerkschaften erklären, daß die von dem preussischen Landwirtschaftsminister in den Sitzungen des Preussischen Landtags vom 7., 8. und 15. März 1917 gegen die Eingaben der Gewerkschaften erhobenen Angriffe die Berechtigung ihrer Forderungen in der Ernährungsfrage nicht erschüttern können. Am allerwenigsten können sie sich zu der Auffassung bekennen, daß die einseitige Politik des Landwirtschaftsministers zugunsten der Produzenten den Interessen der Verbraucher entspräche.

Die Gewerkschaftsvorstände halten ihre Beschwerden und Forderungen mit Entschiedenheit ausgereicht und erheben nochmals ihre warnende Stimme. Die Arbeiterschaft muß von den verantwortlichen Stellen im Reich wirklich durchgreifende und schnelle Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung dringend verlangen.“

Sodann wurde den Teuerungszulagen für die Angestellten der Generalkommission, mit Ausnahme der Kinderzulagen, die Zustimmung erteilt. Auf Nachfrage wurde festgestellt, daß die Gewerkschaftsangeordneten und Arbeitersekretäre der Meldepflicht für den vaterländischen Hilfsdienst unterliegen. Es soll bei den Feststellungsausschüssen auf die Anerkennung der Gewerkschaften als kriegswichtige Organisationen hingewirkt werden.

Zur Frage der Uebergangswirtschaft wurden der Konferenz Forderungen der Gewerkschaften unterbreitet, die von der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission ausgearbeitet und mit einigen Ergänzungen auch von den übrigen Gewerkschafts- und Angestelltenorganisationen angenommen worden sind. Sie sollen durch eine eingehende schriftliche Begründung ergänzt und dem Reichsamt für Uebergangswirtschaft sowie dem Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe eingereicht werden. Robert Schmidt erläuterte die Forderungen durch ein Referat. Er wies einleitend darauf hin, daß die Gewerkschaftsvorstände sich schon seit dem Februar 1915 mit den Fragen der Uebergangswirtschaft befaßt haben, die Aufstellung der vorliegenden Forderungen geschah im Auftrage der Konferenz vom November 1916. Ihre Erledigung drängt infolge der neuerdings im Ausbruch für Handel und Gewerbe begonnenen Behandlung der Arbeiterfragen für den Bereich der Uebergangswirtschaft. Die Forderungen teilen sich in solche allgemein wirtschaftlicher und organisatorischer Natur (Arbeitervertretung im Beirat des Reichsausschusses, Regelung der Ein- und Ausfuhr, Verfügung über den Schiffsraum, Eisenbahn und Binnen-schiffahrtswesen, Hebung der Erwerbstätigkeit, Errichtung von Wirtschaftsämtern und Aufsicht über die Syndikate), weiter solche, die Lebensmittelversorgung betreffen, dann Forderungen der Arbeitsvermittlung, solche bezüglich der Entlassung der Kriegsteilnehmer und Hilfsdienstpflichtigen, Forderungen hinsichtlich der Regelung der Arbeitsverhältnisse, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterverfiche-

rung, besondere Hilfeleistung für Kriegsteilnehmer und deren Angehörige und schließlich Forderungen auf dem Gebiete der Wohnungsfrage. Da die Forderungen in Wäbe bekanntgegeben werden, so mögen einige Darlegungen über ihre Stellungnahme zu der eigentlichen Demobilisation des Heeres genügen. Von einflussreichen Seiten ist verschiedentlich verlangt worden, die Entlassung der Kriegsteilnehmer den jeweiligen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes anzupassen. Der Mejerer widersprach diesen Wünschen. Kein Heeresangehöriger würde es billigen, auch nur einen einzigen Tag länger, als militärische Bedürfnisse dies erfordern, im Heeresdienst zurückgehalten und von Heimat und Familie getrennt zu werden. Gewiß können Millionenheere nicht binnen wenigen Tagen aufgelöst werden. Auch sei auf das Wirtschaftsleben insoweit Rücksicht zu nehmen, daß die für die Wiederaufnahme der Betriebe unentbehrlichen Arbeitskräfte möglichst frühzeitig zu entlassen seien. Im übrigen müsse aber jede Verzögerung der Entlassung vermieden werden. Die Rücksichtnahme auf Arbeitsmangel dürfe kein Grund sein, die Kriegsteilnehmer länger als militärisch notwendig im Dienste zu behalten. Wenn Arbeit nicht nachgewiesen werden könne, dem müsse die Arbeitslosenunterstützung zuteil werden. Das letztere gelte auch für die entlassenen Hilfsdienstpflichtigen und die übrigen in Folge der Uebergangswirtschaft beschäftigungslos werdenden Arbeiter und Angestellten. Im weiteren sollen die durch das Hilfsdienstgesetz geschaffenen Arbeiterauschüsse und Schlichtungsstellen in geeigneter Form in die Uebergangswirtschaft übernommen und gewerbliche Arbeitervertretungen (Kammern) geschaffen werden.

Die vorgelegten Forderungen wurden im einzelnen erörtert und einige redaktionelle Veränderungen und Ergänzungen beschloffen, wonach die ganze Vorlage einstimmig zur Annahme gelangte.

Hinsichtlich der Organisation der Kriegsteilnehmer, mit der sich bereits eine Vorstandskonferenz im November 1916 befaßt hatte, blieb ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung in der Minderheit. Die Konferenz beschloß, diese Frage vorläufig zurückzustellen, und zwar solange, bis wirklich ernsthafte Organisationsbestrebungen der Kriegsteilnehmer eine erneute Stellungnahme notwendig machen. Doch soll den besonders von Essen ausgehenden Verbänden, die Kriegsbeschädigten zu vereinigen und sogar in Zentralverbänden zusammenzuführen, mit allem Nachdruck entgegenzutreten werden.

Da im Jahre 1917 nach dem Regulativ der Generalkommission ein Gewerkschaftsprogramm einzubereitern wäre, unterbreitete die Generalkommission die Entscheidung darüber der Konferenz der Vorstände. Dieselbe war indes in ihrer großen Mehrheit für eine Vertagung des Kongresses bis nach dem Kriege. Es wurden für diesen Beschluß die gleichen Gründe geltend gemacht, die für eine Vertagung der Verbandstage maßgebend waren.

Am letzter Stelle wurden einige geschäftliche Fragen erledigt. Der Beitritt zur Gesellschaft für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wurde der Generalkommission und den einzelnen Gewerkschaften empfohlen. Die Entscheidung über den Beitritt zum Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur soll noch zurückgestellt werden. Der Bericht des Vertreters der Generalkommission im Deutschen Wohnungsausschuß wurde entgegengenommen.

Sechzig Millionen Unterstüztungsgelder der Gewerkschaften in der Kriegszeit.

S.A.K. Die Gewerkschaftsorganisationen der deutschen Arbeiterschaft haben im Kriege durch die zum Heeresdienst Eingezogenen eine schwere Einbuße an Mitgliedern und damit auch einen erheblichen Einnahmeverlust erlitten. Zum Glück waren die Gewerkschaften in der Lage, aus ihren Beständen die besonderen Anforderungen des Krieges decken zu können, und im Laufe der Zeit hat sich eine Verschönerung der Listen vollzogen, so daß in den Verbänden wieder ein leidlicher, in einigen sogar ein guter finanzieller Stand zu verzeichnen ist. Die Nahrungindustrie, die das ganze Wirtschaftsleben in ihren Bann schlägt, hat mit der Arbeitslosigkeit stark aufgeräumt, so daß die ständige Belastung dieses Kontos des gewerkschaftlichen Unterstüztungswesens stark zurückgegangen ist. Nicht minder ist an den Ausgaben für Lohnbewegungen gespart, da mit lang andauernden Streiks oder Ausperrungen nicht zu rechnen war. Die hier freiwerdenden Mittel sind zu einem guten Teil für Familienunterstüztung verwandt; eine Gesamtübersicht ergibt, daß in der Zeit vom August 1914 bis 31. Dezember 1916 von den Gewerkschaften 22.022.145 Mk. für diesen Zweck verausgabt wurden; dazu kommen 24.077.883 Mk. Arbeitslosenunterstüztung, die be-

sonders zu Beginn des Krieges stark einsetzte, und schließlich steigt die Summe aller Unterstüztungen während der Kriegszeit auf 59.469.302 Mk.

Man wird auf rund 60 Millionen Mark die Leistungen schätzen können, da nicht alle Aufwendungen bei der Aufnahme erfaßt sind.

Das ist eine Leistung in dieser schweren Zeit, auf die die deutschen Gewerkschaften stolz sein können, sie wird bei allen denen, die in dieser Zeit dabei ihre Kräfte der Organisation widmeten, auch das Gefühl freudiger Genugtuung hervorgerufen, daß sie denen einen Teil der Dankeschuld abtragen, die draußen die furchterlichen Strapazen des Krieges ertragen müssen. Das Aufbringen dieser Mittel legt Zeugnis ab von dem Geiste, der die deutsche Arbeiterschaft erfüllt, daß sie der Pflicht treu bleibt, die sie in den Organisationen sich selbst auferlegte, daß in der Arbeiterbewegung der Gedanke der gegenseitigen Hilfsbereitschaft, sei es im wirtschaftlichen Betriebe oder wenn Not und Glend an die Tür des Arbeiters pochen, stark und gefestigt geblieben ist. Aus solchen Händen Unterstüztung zu nehmen, bedeutet keine Erniedrigung, löst kein Mißbehagen aus, hier empfindet der Hilfsbedürftige, daß er einen Anspruch hat, den er in besseren Tagen selbst wieder ausgleichen wird.

Demnach könnte das Ergebnis der Hilfsleistung noch größer sein, wenn nicht auch in dieser Zeit Unverstand und Eigennutz üppig ins Kraut geschossen wären. Wer kann heute an der bedeutungsvollen Arbeit der Gewerkschaften achtlos vorübergehen, wenn er sieht, wie auf allen Gebieten ihr segensreicher Einfluß sich Geltung verschafft. Nicht nur in der Ausgestaltung der Unterstüztungseinrichtungen haben die freien Gewerkschaften bedeutendes geleistet, auch zur Erhaltung des wirtschaftlichen Ausgleichs haben sie ungewöhnliche große Erfolge aufzuweisen. Da, wo die Organisation eine gut gedachte Anhängererschaft aufweist, sind die Lohnverhältnisse am besten geregelt und ist der Verdienst aufwärts gegangen. In den Tarifen sind beachtliche Teuerungszulagen durchgesetzt, die Akkordlöhne erhöht. Die letzte Lohnstatistik der Gewerkschaften vom Jahre 1915 ergibt, daß durch Verhandlung auf dem Lohngebiet für 816.246 Arbeiter Erfolge erzielt sind, eine Zahl, die in den letzten zehn Jahren nur im Jahre 1913 überschritten wurde. In emsiger Arbeit reihen sich hier andere Erfolge an. In wichtigen Zweigen der Seimarbeit ist eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt wie nie zuvor. Für die Wiedererlangung der Beschäftigung der Kriegsbeschädigten ist manche Erleichterung geschaffen und den Witwen und Waisen hilfreich Beistand geleistet. Die Organisation des Arbeitsnachweises ist eifrig gefördert; eine Vorarbeit, die geeignet ist, in der Zeit der Uebergangswirtschaft reichlichen Nutzen zu stiften. Das Verbot der Nacharbeit in Wädereien, die Einführung des Siebenubradschlusses für offene Verkaufsstellen bieten Vorteile, die gefestigt werden müssen. Anauageht ist dahin gewirkt, daß bei den schweren Einwirkungen in die Textilindustrie, die Konfektion, die Schuhwarenfabrikation und anderen Berufen, den Arbeitern und Arbeiterinnen eine Unterstüztung zuteil wird und die Ueberführung zu anderer Berufsarbeit erleichtert wird. Mehr als je haben gerade während des Krieges die Gewerkschaften ihre Bemühungen einsetzen müssen, das Los der Arbeiter zu mildern und zu erleichtern, und bei all den gewaltigen Umwälzungen auf den Schulden der Arbeiter bedacht zu sein.

Wäußt jemand, daß diese Veränderungen in der Form sich ohne das Eingreifen der Gewerkschaften vollzogen hätten? Es genügt, auf die Bezirke und die Berufe hinzuweisen, die nur schwache Anfänge zur Organisation aufweisen, um den Abstand der Lohnverhältnisse zu erkennen gegenüber den in der Organisation von jeher festgestellten.

Man sollte meinen, daß gerade in dieser Zeit keinem Arbeiter die Einsicht fehlt, welchen Weg in dieser Zeit gewaltiger geschichtlicher Ereignisse er einzuschlagen hat. Und dennoch sind es viele, leider zu viele, die da glauben, es gehe sie nichts an, wenn andere sich um die zeitige und wirtschaftliche Förderung der Arbeiterklasse mühen, sie fühlen sich nur berufen, ohne mitzutaten, den Nutzen miteingehemmen. Sie kommen noch mit denselben fleischlichen Ausreden und leichtem Einwänden wie ehedem, vielleicht hat die Zeit mandem in seinem Egoismus noch bestärkt und das rücksichtslose Hervorkehren seines schlecht verstandenen Eigeninteresses befestigt; das Treiben und Tagen, um heute das zum Leben Notwendige zu erlangen, läßt ihm seinen Standpunkt begründet erscheinen. Dazu kommt der widerliche Parteistreit, in den man auch die Gewerkschaften hineinzuzerren will, der manche abstößt und nicht immer die Schlechtesten. Aber es sind keine genügenden Entschuldigungen, es sind nur Einwände der Zweifelsünder und Zögernden, der Planen und Unklügligen, denn hoch über alle diese abstoßenden Kräfte muß das Gesamtwohl der Arbeiterklasse

gestellt werden, an dem mitzuarbeiten alle berufen sind.

Eine am 31. Dezember 1916 aufgenommene Statistik über die Mitgliederzahl läßt erkennen, daß in der Kriegszeit 476 950 männliche und 150 288 weibliche Mitglieder neu aufgenommen sind. Aber es ist betäubend, zugleich festzustellen, daß 571 094 männliche und 139 041 weibliche Mitglieder gestorben werden mußten. Gewiß ist der Rückgang in den 2 1/2 Jahren des Krieges nicht groß bei einer Mitgliederzahl von 2 1/2 Millionen vor dem Kriege, aber das Ergebnis ist doch unerfreulich; wir wollen nicht raufen, wir müssen aufwärts streben. Denn die kommende Zeit fordert von der deutschen Arbeiterklasse, daß sie teilnehme an dem Aufbau des Wirtschaftslebens und der politischen Neugestaltung, daß sie sozialpolitisch sich den Einfluß sichert, der ihr gebührt. Das kann nur geschehen, wenn ihre alten Organisationen durch den Zustrom neuer Kräfte gestärkt werden. Um so leichter werden wir dann auch die üblen Nachwirkungen des unseligen Krieges überwinden. Diese Erkenntnis muß die alte Werbekraft der Gewerkschaften wieder neu beleben.

Robert Schmidt.

Hus unserem Beruf.

Für die deutsche Lederwarenindustrie war die Leipziger Frühmesse außerordentlich erfolgreich. Die Umsätze haben sich gegen 1915 teilweise verdoppelt, gegen das Vorjahr allgem. verdoppelt. Käufer waren zahlreich aus Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Oesterreich-Ungarn, der Schweiz und selbstverständlich auch aus Deutschland vertreten. Die Nachfrage nach Lederwaren war so stark, daß es nicht möglich war, allen Anforderungen der alten Kundenschaft gerecht zu werden, viel weniger neue Verbindungen anzuknüpfen. Eine bedeutende Lederwarenfabrik ist in überaus erster Sorae, ob sie überhaupt die Mengen der verkauften Waren werde zusammenbringen können.

Aus Mangel an Saffian und Sechund wurden viel Artikel aus Krokodil, Scharleder, Kunstleder und Seide gekauft. Guten Anlauf fanden Trejors, Brieftaschen und Zigarettenetuis aus täuschend ähnlicher Lederimitation mit Saffianprägung, deren Grundstoff Papier ist. Im allgemeinen wurde auf Neuheiten wenig Wert gelegt.

Besondere Schwierigkeiten in der Fertigstellung der erzielten Aufträge dürfte neben dem Mangel an tüchtigen Arbeitskräften auch noch die Knappheit in Lederstoffen, Stärke, Wägel und Schloßern, bieten. Die Freigabe von 2600 Tübend Leder an Offenbacher Lederwarenfabrikanten wird auch nicht lange vorhalten, weshalb schon jetzt Bedacht darauf genommen werden muß, bei den zuständigen Behörden weitere Mengen freizubekommen. Dem die Erhaltung der deutschen Lederwarenindustrie liegt, wie wir schon so oft betont haben, im Interesse des deutschen Ausfuhrhandels und verlohnt es sich, wenn die Fabrikanten jetzt besondere Opfer bringen, um nach dem Kriege der Industrie die erste Stelle auf dem Weltmarkte zurückzuerobern. Dieses Ziel ist nur mit einem gekulten und wirtschaftlich sichergestellten Arbeiterstand zu erreichen. Deshalb müssen die deutschen Lederwarenfabrikanten es sich aneignen sein lassen, bei den Verhandlungen anlässlich des jetzt zu erneuernden Tarifvertrags den Wünschen der Arbeiterchaft mehr entgegenzukommen als es bisher der Fall gewesen ist.

Korrespondenzen.

Kettchendorf. In unserer von allen Mitgliedern und einigen Unorganisierten besuchte Versammlung im „Schwarzen Adler“ am 1. April hielt Kollege Weinschild einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die Aufgaben unseres Verbandes. Darauf erfolgte die einmütige Wahl einer fünf-gliedrigen Ortsverwaltung und die Nominierung der Mitglieder zum Arbeiterausschuß der Firma Schwarz u. Co. Einstimmig wurde beschlossen, beim Zentralvorstand die Genehmigung zu erlangen, ab 15. April einen Lokalbeitrag von 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder zu erheben. Alle Unorganisierten ließen sich im Verband aufnehmen.

Soziales.

Eine gute und sozial wichtige Arbeit leisten die Funktionäre in den deutschen Gewerkschaften im Dienste der von der Generalkommission der Gewerkschaften und vom Verband deutscher Konsumgenossenschaften am 1. Juli 1913 ins Leben gerufenen gemeinnützigen Volksversicherungsgesellschaft.

Volksfürsorge.

Der nach einjährigem Bestand der Gesellschaft am 1. August 1914 hereingebrochene Weltkrieg hat die im

ersten Jahre glänzende Entwicklung des Geschäftszuwachses jah gestört. Waren bis zum Ende Juli 1914 schon 163 686 Versicherungsanträge mit einer Versicherungssumme von 31 531 186 Mk. eingebracht worden, so fiel die Zahl der Neuanträge naturgemäß in den ersten Zeiten des Krieges auf ein Minimum. Trotzdem konnte am Ende des Jahres 1914 ein fester Stand von 163 469 Versicherungen mit 25 615 271 Mk. Versicherungssumme verzeichnet werden. Das ganze Kriegsjahr 1915 brachte 10 569 neue Anträge und am Ende des Jahres 1915 wurde ein Versicherungsbestand von 171 312 Versicherungen mit 24 478 929 Mk. Versicherungssumme verzeichnet. Erfreulicherweise brachte das volle Kriegsjahr 1916 wieder einen erheblich gesteigerten Ertrag der Werbearbeit; es waren im ganzen 23 494 neue Versicherungsanträge eingebracht worden. Hier von wurden angenommen 22 936; nach Abzug der abgelehnten und unerledigten Anträge waren zu bearbeiten im ganzen Jahre 23 724 neue Anträge mit einer Kapitalversicherungssumme von 5 051 515 Mk. Noch erfreulicher ist bereits die im Jahre 1917 zu verzeichnende Antragsproduktion. Es wurden im Januar 2217 und im Februar 2870 neue Anträge eingebracht.

Diese Zahlen ergeben die Tatsache, daß es nicht angebracht ist, zu sagen, der Krieg mache die Werbearbeit für die Volksfürsorge unmöglich. Wo mit frischem Wagemut die Werbearbeit aufgenommen wird, sind auch Versicherungen abzuschließen, und nie ist die Zeit und die Notwendigkeit der Volksversicherung für das arbeitende Volk von größerer Bedeutung gewesen, als in der traurigen Gegenwart des langen Krieges.

Auszahlungen der Volksfürsorge waren im Jahre 1916 in 1744 Sterbefällen bedingungsgemäß zu leisten, wobei im ganzen 104 989,88 Mark zur Auszahlung gelangten. In 318 Sterbefällen kam nach den Bedingungen die volle Versicherungssumme im Betrage von 77 300 Mk. zur Auszahlung. In allen Kriegsterbefällen, in denen die Versicherung am Tage des Beginnes der Feindseligkeiten noch nicht 6 Monate bestand, werden bedingungsgemäß nur die eingezahlten Prämien zurückerstattet. In den Kriegsterbefällen, in denen die Versicherung bei Kriegsausbruch mindestens 6 Monate bestand, wurde zunächst die Prämienreserve ausgezahlt, während die endgültige Regelung in diesen Fällen 3 Monate nach Friedensschluß aus dem vorhandenen Kriegsreservefonds erfolgt, der ohne den ihm für das Jahr 1916 zufließenden Betrag 99 341,45 Mk. beträgt, der restlos den Hinterbliebenen der im Kriege gefallenen Versicherten zukommt. In zahlreichen Fällen hat sich die Versicherung als eine sehr wohlthätige Vorsorge erwiesen. Die Gewinnesreserve der Versicherten, die bei der Auszahlung der Versicherungssumme an die Versicherten zur Verteilung gelangt, beträgt nach den Zuweisungen der Generalversammlungen der ersten Betriebsjahre 219 286 Mk., hierzu kommt der sich ergebende Betrag aus dem Jahre 1916. Die aus dieser Gewinnesreserve den einzelnen Versicherten gutgeschriebenen Jahresgewinne werden angeammelt und mit 3 1/2 Proz. Zinsszins von der Gutschrift an mit der zuerst fälligen Versicherungsleistung ausgezahlt, wodurch sich die vereinbarte Versicherungssumme je nach der Länge der Versicherungsdauer erhöht.

Bei der Volksfürsorge-Kriegsversicherungskasse waren bis zum 15. März 1917 für 55 490 Kriegsteilnehmer 84 278 Anteilscheine gelöst und dafür für 421 390 Mk. eingezahlt worden, die restlos den Familien der bei der Kasse versicherten Kriegsoffer zufallen.

Zahlreiche Konsumvereine und Gewerkschaften haben ihre ausmarschiereten Angestellten bei dieser Kriegsversicherungskasse versichert und damit den Familien der mit dem Tod ihres Ernährers betroffenen Angestellten die finanzielle Hilfe aus dieser Kasse sichergestellt. Nach den bis Ende Dezember 1916 gemachten Mitteilungen sind bei der Hauptverwaltung der Kriegsversicherungskasse im ganzen 1306 Kriegsteilnehmer als gefallen bzw. verstorben gemeldet, für die 2528 Anteilscheine gekauft waren. Im Jahre 1916 allein wurde der Tod von 636 versicherten Kriegsteilnehmern mit 1235 Anteilscheinen berichtet. Wenn auch jetzt noch anzunehmen ist, daß in einer erheblichen Zahl von Fällen die Hinterbliebenen die Anmeldungen bis jetzt unterlassen haben, so ist doch das Verhältnis der Todesfälle zu der Zahl der Versicherten trotz der langen Dauer und der Schärfe des Krieges noch nicht so ungünstig, daß nicht auf ein ganz respektables Ergebnis gerechnet werden könnte. Seit dem Bestande der Kasse sind in 330 Fällen für 655 Anteilscheine Vorschüsse gewährt worden im Gesamtbetrage von 16 360 Mk., davon im Jahre 1916 allein 11 475 Mk. für 459 Anteilscheine in 220 Fällen.

Möchten unsere Freunde, der sozialen Bedeutung der Volksfürsorge eingedenk, auch in Zukunft eifrig bestrebt sein, den Funktionären der Volksfürsorge unterstützend beizustehen; den Nutzen werden neben den Versicherten und der Volksfürsorge auch die Gewerkschaften zu buchen haben.

Heimarbeiterfragen. Der Ausschuß für Petitionen an den Reichstag verhandelte über eine Anzahl Eingaben von sozialpolitischer Bedeutung. Die Gesellschaft für soziale Reform, der Ständige Ausschuß zur Förderung der Arbeiterinteressen, die Generalkommission der Gewerkschaften und die Zentralleitungen aller Gewerkschaftsrichtungen fordern die Regelung der Arbeitsausgabe und der Bezahlung in der Heimarbeit. Reichs- und staatliche Verwaltungen sollen bei Vergütung von Heimarbeit die Organisationen der Heimarbeiter und gemeinnützige Vereine besonders berücksichtigen. Es sollen die erforderlichen Rohstoffe geliefert, die Aufträge möglichst lange befristet werden. Kommen Privatunternehmer in Frage bei Vergütung von Heimarbeit, so sollen solche Berücksichtigung finden, die die Arbeit selbst ausführen und nicht an andere Unternehmer weitergeben. Vorrangt sollen werden bei Vergütung von Aufträgen Organisationen und Firmen, welche die gewerkschaftlichen Tarife anerkennen. Beim Fehlen von Tarifvereinbarungen muß von den Behörden der zu zahlende Lohn nach Anhörung der beteiligten Unternehmer- und Arbeiterorganisationen festgesetzt werden. Bei Vergütung von Teilarbeit sind die Löhne der einzelnen Teilarbeiter der ausgebenden Behörde zur Genehmigung vorzulegen. Beim Verkauf fertiger Waren durch Behörden, Verwaltungen haben die Verkäufer den Nachweis zu führen, daß die Arbeitslöhne den in den sonstigen Lieferungsbedingungen vorgeschriebenen Bestimmungen entsprechen. Die an die Heimarbeiter zu zahlenden Löhne sind in den Ausgaben- und Annahmestellen von Heimarbeit gut sichtbar auszuhängen. Den Hausarbeitern sind Lohnbücher in der Art, wie sie § 114 der Gewerbeordnung vorschreibt, einzuhändigen. Die ausgebende Behörde hat selbst oder durch Beauftragte Einsicht in die Lohnbücher zu nehmen.

Vom Vertreter der Verbündeten Regierungen wurde betont, daß seit Kriegsausbruch die Forderungen verwirklicht seien. Zu weiterer günstiger Behandlung und Erledigung sei die Regierung geneigt. — Die Kommission beschloß einstimmig Ablehnung zur Berücksichtigung.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Ab 15. April d. J. beträgt der wöchentliche Beitrag in Kettchendorf a. d. Spree für männliche Mitglieder 65 Pf., für weibliche 35 Pf., ebenso in Bautzen ab 1. April.

Der Vorstand.

Adressenänderungen.

- Brandenburg a. H. K. Richard Grubbe, Wilhelmshorstler Straße 42.
Karlruhe. B. Karl Krause, Kaiserallee 78.
Kettchendorf. B. Adolf Giesler, Lindenstr. 31.
K. Paul Rodler, Lessingstr. 16.
München. K. H. Ebeling, Schwindstr. 7, Rückgeb. II.

Sterbetafel.

Berlin. Am 24. März verstarb unser Mitglied der Militärattler Paul Janfelau im Alter von 50 Jahren.
Draunschwieg. Am 25. Februar ist unser Mitglied Wilhelm Heife verstorben.
Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.
Gegründet 1880.
Preislisten S. P. gratis franco.

Tüchtiger Sattler
auf Handkoffer und Handtaschen eingearbeitet, als
Vorarbeiter gesucht.
Alfred Stütz, Kofferfabrik, Mainz.